

Pressedienst Nr. 16516
Mittwoch, 26. April 2023

EU-Agrarausschuss stimmt gegen Vorschlag zur Industrieemissionen-Richtlinie	1
Wojciechowski kündigt begrenztes Einfuhrverbot für Agrarimport aus der Ukraine an	2
Totschnig sprach mit angolanischem Minister über Kooperationen im Bildungsbereich	3
Donau Soja plädiert für ungehinderten Warenverkehr von zertifiziertem Soja in die EU	4

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Agrarausschuss stimmt gegen Vorschlag zur Industrieemissionen-Richtlinie

Schmiedtbauer: Landwirtschaft nicht mit Industrie gleichsetzen

Brüssel, 26. April 2023 (aiz.info). - Der Agrarausschuss im EU-Parlament hat mit 36 Stimmen bei acht Gegenstimmen und zwei Enthaltungen gegen den Vorschlag der Kommission zur Industrieemissions-Richtlinie (IED) gestimmt. Der Vorschlag hatte eine Ausweitung des Anwendungsbereichs auf die Landwirtschaft vorgesehen. Geht es nach dem Landwirtschaftsausschuss sollen nun Rinderhaltungsbetriebe von den Regeln ausgenommen werden und die überarbeiteten Regeln nur für Betriebe mit mehr als 40.000 Plätzen für Geflügel, 2.000 Plätzen für Mastschweine oder 750 Plätzen für Sauen sowie für Betriebe mit über 750 Großvieheinheiten gelten.

"Kurios" wertet ÖVP-Agrarsprecherin **Simone Schmiedtbauer** den Vorschlag der EU-Kommission. "Demnach sollen landwirtschaftliche Familienbetriebe mit Geflügel-, Schweine- oder Rinderhaltung in Zukunft gleichbehandelt werden wie große Industriebetriebe. Wir Landwirtinnen und Landwirte stehen bereit, unseren Teil zum notwendigen Umwelt- und Klimaschutz beizutragen. Dass ein Hof mit einer Handvoll Tiere jedoch in Zukunft die gleichen Auflagen erfüllen und bürokratischen Hürden überkommen soll wie Stahlwerke mit tausenden Angestellten ist völlig absurd", sagt Schmiedtbauer.

Landwirtschaftliche Betriebe könnten in dieser Hinsicht aufatmen. "Wir sprechen uns dafür aus, die aktuelle Rechtslage für Landwirtinnen und Landwirte beizubehalten und erteilen den von der EU-Kommission geforderten neuen bürokratischen Auflagen eine Absage. Nach der Position des Agrarausschusses müssen wir auf unseren Höfen also glücklicherweise in Zukunft keine großen Rechtsabteilungen mit mehreren Juristen einrichten, wie sie bei großen Industriebetrieben üblich sind", scherzt Schmiedtbauer und kritisiert gleichzeitig, dass solche "absurden" Vorschläge überhaupt auf den Tisch gelegt werden. "Der hauptzuständige Umweltausschuss wäre gut beraten, unsere Position zu akzeptieren und diese unmöglichen Vorschläge für landwirtschaftliche Betriebe ebenfalls abzulehnen."

Zustimmung kommt ebenso vom Dachverband der EU-Landwirte und –Genossenschaften COPA-COGECA. "Es ist von symbolischer Tragkraft der Mitglieder im EU-Agrarausschuss für die europäischen Landwirte, indem sie eine Gleichstellung landwirtschaftlicher Familienbetriebe mit Industrieanlagen wie etwa Chemiekonzernen oder Kohlebergbau deutlich ablehnten."

Die Entscheidung im Agrarausschuss muss jetzt noch in den finalen Ausschussverhandlungen im Umweltausschuss und im Plenum des Europaparlaments abgestimmt werden. Die Industrieemissionen-Richtlinie wird voraussichtlich im Juli im Plenum final abgestimmt. (Schluss)

Wojciechowski kündigt begrenztes Einfuhrverbot für Agrarimport aus der Ukraine an

Transit durch betroffene Länder soll weiterhin möglich sein

Luxemburg, 26. April 2023 (aiz.info). - Beim jüngsten Treffen der EU-Agrarminister gestern, Dienstag, in Luxemburg standen Marktverzerrungen durch Importe ukrainischer Lebensmittel in die EU im Zentrum der Diskussionen. EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** stellte im Anschluss an die Sitzung ein begrenztes Einfuhrverbot für bestimmte Agrarprodukte aus der Ukraine in Aussicht. Das Importverbot soll für Weizen, Mais, Raps, Sonnenblumen und Sonnenblumenöl zumindest bis 5. Juni 2023 in den von den Verwerfungen besonders betroffenen Ländern Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Slowakei gelten. Bis auf Rumänien haben diese Länder bereits in nationalen Alleingängen Einfuhrbeschränkungen für sämtliche Agrarerzeugnisse aus der Ukraine erlassen. Der Transit dieser fünf Produkte durch die betroffenen Mitgliedstaaten soll jedoch weiter erlaubt bleiben. Zudem kündigte die EU eine zweite Tranche an finanzieller Unterstützung für diese fünf Länder von 100 Mio. Euro aus der Agrarreserve der EU an. Wovon Polen laut Agra Facts etwa 40 Mio. Euro erhalten soll. Bedingung für die Länder wäre, ihre einseitigen Importverbote aufzuheben.

Andere EU-Mitgliedstaaten übten Kritik an den aktuellen nationalen Einfuhrbeschränkungen. Der stellvertretende tschechische Landwirtschaftsminister **Miroslav Sk ivánek** meinte Agra Facts zufolge etwa, einem bedürftigen Nachbarn die Tür verschlossen zu haben. "Wir als Tschechen glauben, dass Verbote keine gute Lösung sind", soll er auf einer Konferenz in Polen gesagt haben. Die "alten" EU-Mitgliedstaaten "hatten keine Angst, uns auf ihre Märkte zu lassen: Jetzt kommt jemand und klopft an unsere Tür und braucht Hilfe", fügte er hinzu.

Wojciechowski betonte, dass die EU wegen Russland in dieser Situation ist, berichtet Agra Facts weiter. "Die Turbulenzen auf den Agrarlebensmittelmärkten, die wir in den letzten 14 Monaten erlebt haben, haben ihre Wurzeln im russischen Angriffskrieg", richtete er an die EU-Landwirtschaftsminister. "Und Russland fährt fort, nicht nur mit dieser Aggression, sondern auch mit aktiver Blockierung des Schwarzmeer-Getreideabkommens. Die Ukraine hat unsere unerschütterliche Unterstützung", betonte Wojciechowski. "Wir sind Freunde und Verbündete in diesem Angriffskrieg", wandte er sich per Videolink an den ukrainischen Minister Mykola Solskyi, der dem Treffen zeitweise zugeschaltet war.

Wojciechowski erklärte aber auch, dass bestimmte Maßnahmen unbeabsichtigte Folgen insbesondere für EU-Landwirt:innen in den Ländern nahe der Ukraine hatten. Das größte Problem sei die Umstrukturierung der Logistik von EU-Importen, die sich aus der Einmischung Russlands in den Zugang zu den Schwarzmeerhäfen der Ukraine ergeben habe. "Millionen Tonnen landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die traditionell über diese Schwarzmeerhäfen verschifft wurden, müssen nun durch benachbarte EU-Mitgliedstaaten transportiert werden", sagte er dem Rat. Leider erreichten nicht alle diese Exporte ihre traditionellen Märkte in Drittländern und EU-Ländern wie Spanien, Portugal und Italien. Stattdessen blieben sie in diesen benachbarten Mitgliedstaaten blockiert und verursachten Vermarktungs- und logistische Schwierigkeiten für die Landwirtinnen und Landwirte, die wirtschaftliche Verluste mit sich brachten, rechtfertigte der Agrarkommissar das geplante Einfuhrverbot. (Schluss) hub

Totschnig sprach mit angolanischem Minister über Kooperationen im Bildungsbereich

Landwirtschaftliches Know-how soll Situation in dem Land verbessern

Luanda, 26. April 2023 (aiz.info). - Zusammen mit Bundeskanzler **Karl Nehammer** hat Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** Angola im Südwesten von Afrika besucht. Die Ernährungs- und Gesundheitssituation in dem Land ist prekär, weshalb Totschnig im Gespräch mit dem angolanischen Landwirtschaftsminister Antonio Francisco de Assis Unterstützung in der landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung, in der Forschung sowie in der Lebensmittellabortechnik anbot. Auch die Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien, **Eva Schulev-Steindl**, begleitete die Reise.

"Landwirtschaftliche Bildung ist ein Schlüssel für soziale und wirtschaftliche Stabilität in Afrika. Deshalb setzen wir in Angola diesen Schwerpunkt und besprechen praxistaugliche Kooperationen. Landwirtschaftliches Know-how kann Erträge steigern und trägt damit zur Versorgungssicherheit bei. Der Austausch schafft einen Mehrwert für die landwirtschaftliche Ausbildung auf beiden Seiten - etwa, wenn es um klimaresiliente Praktiken geht", so Totschnig.

Besprochen wurde zudem eine mögliche Teilnahme angolanischer Universitäten am Afrika-Netzwerk der Boku sowie ein Austausch zwischen angolanischen Laboreinrichtungen und der Österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES).

"Die Boku hat eine lange Tradition in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Universitäten, sowohl in der Forschung als auch in der Ausbildung von Studierenden. Sie war maßgeblich am Aufbau des österreichisch-afrikanischen Forschungsnetzwerks Africa UniNet beteiligt. Erfahrungen zeigen, dass unsere afrikanischen Alumni in ihren Heimatländern erfolgreiche Karrieren in Wissenschaft, Politik, Kunst oder in der Verwaltung eingeschlagen haben und zu Multiplikatoren und Vorbildern geworden sind", erklärte Schulev-Steindl.

Land leidet unter Kriegsfolgen

Angola hat sich von dem 27 Jahre mit Unterbrechungen bis 2002 andauernden Bürgerkrieg nicht wieder erholt. Im ländlichen Raum leben 94% der Haushalte unter der Armutsgrenze (gesamt: 68%). Die Infrastruktur des Landes ist nach wie vor zerstört. Themen sind weiterhin Verminderung und die Beseitigung anderer Kriegsschäden. Dabei verfügt die frühere portugiesische Kolonie laut Totschnig über ein enormes landwirtschaftliches Potenzial mit fruchtbaren Böden, reichlich Wasser und einem günstigen Klima. Auf knapp 125 Mio. ha, davon 35 Mio. ha Ackerland, könnte Landwirtschaft betrieben werden, von denen aktuell nur ein Bruchteil und von der Ackerfläche nur rund 10% bewirtschaftet werden. Auch die Viehzucht auf Weideflächen ist dort noch kaum ein Thema. Aktuell sind zwei Drittel der angolanischen Bevölkerung direkt oder indirekt in der Landwirtschaft tätig, die Produktivität in dem Land ist sehr niedrig und mehr als die Hälfte der Lebensmittel werden nach wie vor importiert.

Angola bezieht landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel vor allem aus Portugal, Brasilien, der Türkei und Südafrika, während Maniok, Bananen, Mais und Süßkartoffeln die wichtigsten Anbauprodukte in dem Land sind. Bis vor dem Bürgerkrieg war Angola ein wichtiger Exporteur von Kaffee, Baumwolle, Tabak und Zuckerrohr. Die Produktion hat sich jedoch seither noch nicht wieder erholt. Derzeit produziert Angola etwa 1% der Menge von Kaffee wie vor dem Krieg. (Schluss)

Donau Soja plädiert für ungehinderten Warenverkehr von zertifiziertem Soja in die EU

Ausnahme in nationalen Importverboten gefordert

Wien/Kiyy, 26. April 2023 (aiz.info). - Donau Soja plädiert dafür, dass Soja von den in einigen EU-Ländern verhängten nationalen Importverboten für landwirtschaftliche Produkte aus der Ukraine nicht betroffen ist. "Jede Tonne Soja, die nicht aus der Ukraine kommt, müsste aus Übersee importiert werden", warnt **Susanne Fromwald**, Senior Advisor und Projektleiter Proteinpartnerschaften bei Donau Soja. Nachhaltig zertifizierter, gentechnikfreier und entwaldungsfreier Soja werde dringend benötigt und müsse weiterhin ungehindert in die EU importiert werden können, so der Appell. Trotz des Krieges habe sich die Ukraine im Vorjahr mit einer Rekordproduktion von rund 650.000 t gentechnik- und entwaldungsfreiem Soja durch die Donau-Soja-Partner:innen als verlässlicher Handelspartner der EU erwiesen.

Importverbote widersprechen neuer EU-Entwaldungsverordnung

"Mit unseren Donau Soja und Europe Soya Standards setzen wir uns für einheitliche Wettbewerbsbedingungen mit hohen Nachhaltigkeitsanforderungen in ganz Europa ein. Ein Importverbot von nachhaltig zertifiziertem entwaldungsfreiem Soja aus europäischen Drittländern wie der Ukraine widerspricht massiv der jüngst beschlossenen EU-Entwaldungsverordnung", so Fromwald weiter. Daher appelliert Donau Soja an die nationalen Behörden aller EU-Länder, die nachhaltig zertifizierten, gentechnikfreien und entwaldungsfreien Importe von Soja aus Drittstaaten wie der Ukraine zu erlauben, um eine nachhaltige Proteinversorgung in Europa sicherzustellen. (Schluss)